THÜRINGER LANDTAGSKURIER

Ausgabe 7
September 2008

Aus dem Plenum und den Ausschüssen

Umdenken in der Sozial- und Gesundheitspolitik gefordert

Ein Umdenken in der Sozial- und Gesundheitspolitik forderte Thüringens Ministerin für Soziales, Familie und Gesundheit Christine Lieberknecht (CDU) in ihrer Regierungserklärung „Miteinander Leben – frei - gerecht - solidarisch“ am 12. September 2008. Sie machte deutlich, dass die Anstrengungen des Staates allein nicht ausreichen, um ein hohes Niveau sozialer Sicherheit in Thüringen und Deutschland zu gewährleisten. Die Ministerin kündigte an, sich als Vorsitzende der Gesundheitsministerkonferenz offensiv für grundlegende Reformen der Sozialversicherungssysteme einzusetzen. Zudem nannte sie als wesentlichen Schwerpunkt ihrer Arbeit die Armutsbekämpfung. Bis zum Spätherbst dieses Jahres solle ein konkretes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung insbesondere von Kinderarmut verabschiedet werden, dass u. a. die schon angekündigte Kindercard enthalten werde. Die Tatsache, dass rund ein Viertel aller in Thüringen lebenden Kinder unter 15 Jahren von Armut betroffen sei, gebiete es, auch das von Ministerpräsident Dieter Althaus geforderte Solidarische Bürgergeld vorurteilsfrei und in aller Ernsthaftigkeit zu diskutieren, so die Ministerin.
Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dieter Hausold, warf der Ministerin vor, die verschiedenen Bereiche der Sozialpolitik nur kleinteilig zu betrachten und lediglich zu tangieren. Es bedürfe eines ganzheitlichen Konzepts, wenn man die Probleme längerfristig lösen wolle. So lange dies nicht der Fall sei, würde seine Partei weiterhin „den Finger in entsprechende Wunden legen“.
SPD-Fraktionsvorsitzender Christoph Matschie warf der Landesregierung massive Kürzungen im Sozialhaushalt während der vergangenen Jahren vor und bezeichnete ihre Sozialpolitik als planlosen „Zickzackkurs“, mittels dessen man sich als Retter aus „selbst gemachten Katastrophen“ aufspielen wolle.
Michael Panse, Abgeordneter der CDU, verteidigte dagegen den Kurs der Landesregierung, „die immerhin seit 18 Jahren erfolgreiche Sozialpolitik gestalte“. Er betonte das sozialpolitische Grundverständnis seiner Fraktion, welche nicht staatliche Bevormundung, sondern die Hilfe zur Selbsthilfe zugrunde lege.

Neubau von Stromnetzen diskutiert

Der Thüringer Landtag diskutierte an seinem zweiten Plenartag im September den Antrag der Fraktion DIE LINKE: „Thüringer Modellprojekt – Leitungsoptimierung vor Neubau von Stromnetzen“. Der Antrag zielte auf die Möglichkeit ab, die bestehenden Stromleitungen auf die doppelte Grenzbelastbarkeit zu verstärken sowie das Stromnetz in die öffentliche Hand zu überführen. Wirtschaftsminister Jürgen Reinholz (CDU) bezeichnete den Antrag der LINKEN als unverantwortlich. „Wir haben es gerade der privaten Versorgungswirtschaft zu verdanken, dass es gelungen ist, das äußerst marode Energieversorgungssystem der ehemaligen DDR mit großen finanziellen Anstrengungen in eine leistungsfähige und effiziente Energieinfrastruktur zu verwandeln“, so der Minister. Der SPD-Abgeordnete Dr. Hartmut Schubert erläuterte, den Antrag der LINKEN nicht mittragen zu können, und bat um Zustimmung zum Alternativantrag der SPD, in dem gefordert wurde, das seitens des Landtags zu erstellende Parallelgutachten rechtzeitig abzuschließen, um es im Gesetzgebungsverfahren angemessen berücksichtigen zu können. Petra Enders (Die LINKE) hingegen plädierte für die Nutzung von Freileitungsmonitoring und Hochtemperaturseilen. „Dann brauchen wir diese 380-kV-Leitung durch Thüringen und Bayern nicht.“ Der CDU-Abgeordnete Dr. Michael Krapp warf daraufhin der Fraktion DIE LINKE vor, die Energiewirtschaft lediglich verstaatlichen zu wollen. „Die Frage, die uns hier bewegt, der Schutz des Thüringer Waldes, ist an sich nur Mittel zum Zweck, um die Verstaatlichung der Energiewirtschaft zu betreiben.“ Sowohl der Antrag der LINKEN als auch der Alternativantrag der SPD wurden mehrheitlich abgelehnt.

Innenausschuss:
Sachverständige und Verbände kritisieren Gesetzesentwurf

Mit dem „Thüringer Gesetz zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und zur verbesserten Teilhabe an kommunalen Entscheidungsprozessen“ befasste sich der Innenausschuss in seiner 60. Sitzung am 5. September. In der Anhörung standen vor allem die Abschaffung der Stichwahl bei Bürgermeisterwahlen, das Familienwahlrecht und die Amtsstubensammlung bei Bürgerbegehren des von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Gesetzentwurfs im Vordergrund. Ralf-Uwe Beck, Sprecher des Volksbegehrens „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“, gab zu bedenken, dass die Abschaffung der Stichwahl bei Bürgermeisterwahlen zu einer Ausdünnung politischer Alternativen führen könne. Ralf Rusch (Gemeinde- und Städtebund Thüringen) kritisierte an der von der CDU geforderten Amtsstubensammlung nicht vertretbare Mehrkosten. Auch Wolfgang Mahrle (Steuerzahlerbund) mahnte, dass der Verwaltungsaufwand mit Steuergeldern finanziert würde. CDU-Innenpolitiker Wolfgang Fiedler warf dem Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“ vor, „fast wie Drückerkolonnen von Tür zu Tür gegangen“ zu sein.



Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

ich freue mich sehr, Ihnen die erste Ausgabe des Thüringer Landtagskuriers nach der Sommerpause präsentieren zu können. Abermals möchten wir Ihnen einige interessante Themen der Thüringer Politik vorstellen und einen kurzen Überblick über die vergangenen Plenartage geben. In der aktuellen Ausgabe informieren wir Sie über die Regierungserklärung der Thüringer Sozialministerin sowie den Diskussionsstand zur Leistungsoptimierung des Stromnetzes in Thüringen. Da der Thüringer Landtag stets darum bemüht ist, Künstlerinnen und Künstlern aus dem Freistaat Ausstellungsmöglichkeiten zu bieten, werden wir Sie weiterhin über aktuelle Kunstschauen in unserem Haus informieren. Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihre

Dagmar Schipanski

Prof. Dr. Dagmar Schipanski
Landtagspräsidentin

Ausstellungen

Pressefoto Hessen-Thüringen

Die Vizepräsidentin des Thüringer Landtags, Dr. Birgit Klaubert, eröffnete am Donnerstag, 4. September 2008 die Fotoausstellung „Presse Foto Hessen-Thüringen 2007“. Die Wanderausstellung des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV) Hessen und Thüringen ist das Ergebnis eines journalistischen Fotowettbewerbs, zu dem hauptberuflich fotografierende Journalisten ihre besten Motive einsandten. Mit sieben verschiedenen Foto-Kategorien bietet die Ausstellung ein abwechslungsreiches Angebot an hochwertigen Fotografien rund um die beiden Freistaaten. Bei der Eröffnung betonte der Vorsitzende des DJV, Wolfgang Marr die Bedeutung der Fotografie. Marr sprach den gezeigten fotografischen Leistungen große Anerkennung aus, mahnte aber zugleich zur kritischen Wahrnehmung dieses Mediums.

Die Ausstellung ist zu sehen bis zum 10. Oktober, Montag bis Freitag, von 8 bis 17 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Harmonie voller Spannung im Landtag

Als ein „ großes kreatives Vergnügen“ bezeichnete Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski die Ausstellung der Thüringer Künstlerin Marion Walther, die sie am Donnerstag, 11. September eröffnete.

Die Experimentierfreudigkeit der Künstlerin sowie die Kombination verschiedener Techniken machten die grafischen Blätter und Keramiken zu ganz besonderen Kunstobjekten, bei denen der Betrachter eine Harmonie voller Spannung erlebe. Besucher der Ausstellung können sich noch bis zum 17. Oktober selbst ein Bild davon machen, wie ungezwungen sich Marion Walther zwischen freier und angewandter Kunst zu bewegen versteht.

Die Ausstellung ist zu sehen bis zum 17. Oktober, Montag bis Freitag, von 8.00 bis 17.00 Uhr.

Der Eintritt ist frei.

Veranstaltungen

Geburtstagsfeier im Landtag

Die Vizepräsidentinnen des Thüringer Landtags, Dr. Birgit Klaubert und Birgit Pelke, luden am 3. September 2008 in den Plenarsaal des Thüringer Landtags, um den 65. Geburtstag von Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski zu feiern. Neben vielen Gästen aus dem Freistaat kamen auch Vertreter anderer Parlamente wie der hessische Landtagspräsident Norbert Kartmann und zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Ministerpräsident Dieter Althaus sprach von einer „hochansehnlichen Festgesellschaft“ und würdigte die Leistungen der höchsten Frau im Lande. Die Laudatio hielt Professor Dr. Günter Stock, Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, der auch Schipanski angehört.



Unter den Gratulanten:
Dr. Gottfried Müller, 1. Präsident des Thüringer Landtags nach 1990

CDU

CDU-Fraktion erteilt Nachtragshaushalt eine deutliche Absage

Mohring: Neuverschuldungsverbot in Verfassung aufnehmen

Eine deutliche Absage erteilte CDU-Fraktionsvorsitzender Mike Mohring der SPD-Forderung, einen Nachtragshaushalt zu erstellen. In der Plenardebatte verwies der CDU-Finanzexperte auf die Dringlichkeit einer nachhaltigen Finanzpolitik. „Wir dürfen keine Ausgabenprogramme beschließen, die bei ausbleibenden Steuereinnahmen nur noch auf Pump finanziert werden können. Man muss sich schon jetzt darauf einstellen, dass wir in 10-12 Jahren mit rund zwei Milliarden Euro weniger auskommen müssen“, so Mohring. Der Unionspolitiker erklärte, dass die Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 2008 mit 126 Millionen Euro über den Einnahmen des Vorjahreszeitraum liegen. Die Thüringer Wirtschaft sei somit erfolgreich in das Jahr 2008 gestartet. Investitionstätigkeit und Beschäftigung hätten deutlich zugenommen. Mohring verdeutlichte in diesem Zusammenhang jedoch auch, dass eine Abkühlung der wirtschaftlichen Dynamik absehbar wäre und dass diese deutliche Auswirkung auf das Einnahmeergebnis des laufenden Jahres haben könne. „Wir haben eine klare gesetzliche Regelung: Mehreinnahmen werden nach Abzug nachweisbarer Mehrausgaben zur Schuldentilgung verwendet. Für uns bleibt ein ausgeglichener Haushalt und die Schuldentilgung deshalb oberstes Ziel“, so der Fraktionsvorsitzende. Die CDU-Fraktion, setzt sich für ein künftiges Neuverschuldungsverbot im Grundgesetz ein. Sollte dies nicht gelingen, soll es in der Thüringer Verfassung verankert werden. Der Unionspolitiker forderte alle Parteien zur Rückkehr zu einer soliden Haushaltspolitik auf: „Dazu gehört, nicht jeden zusätzlichen Euro gleich zu verfrühstücken, und ein Neuverschuldungsverbot, damit wir erst gar nicht in Versuchung geraten, auf Kosten unserer Kinder und Enkel zu leben“, so Mike Mohring abschließend.



Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72206
Fax: 0361 37 72520
www.thl-cdu.de

Es ist nicht Aufgabe der Bahn, ihre Kunden zu erziehen

Der Verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Gottfried Schugens, hat den Verzicht der Bahn auf den sogenannten „Bedienzuschlag“ begrüßt. Der Zuschlag wäre laut Schugens „eine Zumutung für all jene Bahnkunden gewesen, die sich ihre Tickets nicht online kaufen können oder wollen und mit Automaten nicht zurecht kommen. Es ist nicht Aufgabe der Bahn, ihre Kunden zu erziehen, sondern attraktive Alternativen zum Auto anzubieten. Es ist gut, dass dieses Thema vom Tisch ist.“
Wie Schugens sagte, „ist die Bahn dabei, für viele Berufspendler und Reisende zu einer Alternative zu werden. Angesichts der hohen Kosten für den Individualverkehr sehen sich manche dazu gezwungen, andere entdecken die Bahn aus freien Stücken für sich.“ Wie er hinzufügte, werden viele Stecken in Thüringen derzeit besonders gut angenommen. Darauf gelte es aufzubauen.

„Die Menschen in der Hartz-IV-Falle brauchen Hilfe“

Aktionstage „Mit Arbeit muss sich leben lassen – Ohne Arbeit auch!“ hatte Ende August der KoordinierungskreisThüringer Arbeitslosengruppen des DGB gemeinsam mit dem Kommunalpolitischen Forum veranstaltet. Sie fanden auf Einladung der Fraktion DIE LINKE in den Räumen des Thüringer Landtags statt und waren mit etwa hundert Teilnehmern – darunter viele Arbeitslose und Vertreter von Betroffeneninitiativen und Beratungsstellen – ein großer Erfolg. Der Sozialrechtsexperte Harald Thome vom Verein Tacheles e.V. informierte über die aktuelle Rechtsprechung und Möglichkeiten der Arbeitslosen, ihre Rechte durchzusetzen. Mit Hartz IV sei zielgerichtet ein Kurs eingeschlagen worden, nicht die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen, so die LINKEN-Abgeordnete Ina Leukefeld. Sie betonte: „Die Menschen in der Hartz-IV-Falle brauchen Hilfe!“ Der Thüringer Landesregierung warf sie vor, sich von einer eigenständigen aktiven Arbeitsmarktpolitik verabschiedet zu haben.



Demo vorm Landtag: „Bleibt nur noch das Signalrot der Linken“

Unüberhörbar die kämpferische Stimmung vor der Bannmeile des Landtags, wo am 11. September etwa 1500 Menschen dem erneuten Aufruf der Bürgerallianz zur „Demonstration gegen Zwangsbeiträge bei Abwasser und Straßenbau“ gefolgt waren. „Die Landesregierung darf durch ihr Nichthandeln die Betroffenen nicht länger verhöhnen“, hatte der Fraktionschef der LINKEN, Dieter Hausold, betont und „dass eine zufrieden stellende Lösung der Probleme perspektivisch nur durch eine konsequente Abschaffung der Beiträge möglich ist“. Mit einem „Herzog-Ernst-Marsch für die Demokratie“ hatte sich diesmal Pfarrer Wieland Hartmann aus Sonneborn auf den Weg von Gotha nach Erfurt gemacht und hier unmissverständlich erklärt: „Die CDU ist nicht mehr christlich, die SPD längst nicht mehr sozial, das Grün der Grünen ist welk, bleibt nur noch das Signalrot der Linken.“



DIE LINKE.

Fraktion.DIE LINKE
im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72293
Fax: 0361 3772321
www.die-linke-thl.de

250.033 Unterschriften für das Volksbegehren

Das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“ haben 250.033 Bürger – 12,76 Prozent der Stimmberechtigten – unterzeichnet. Unterschriftsbögen lagen aus allen 967 Gemeinden vor. Nach Prüfung durch die Meldebehörden obliegt es der Landtagspräsidentin, das Volksbegehren für „zustande gekommen“ zu erklären. Der Landtag muss sich dann binnen sechs Monaten mit dem Gesetzentwurf des Volksbegehrens befassen. Lehnt er ihn ab, kommt es binnen weiterer sechs Monate zum Volksentscheid. Das Volksbegehren zielt auf eine Reform der Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Thüringen. Insbesondere sollen mehr Themen zugelassen und die notwendige Zahl der Unterschriften gesenkt werden.

Innenministerium macht erneut Negativschlagzeilen

Etwas mehr als 100 Tage ist Thüringens Innenminister Scherer im Amt. Die Pannenserie seiner Vorgänger setzt sich fort. Das jetzt bekannt gewordene Ausmaß der „Überstundenaffäre“ zeigt, dass Scherer die Probleme im Innenministerium nicht in den Griff bekommt.

Von „einer Gefahr für die innere Sicherheit des Landes“ sprach SPD-Fraktionsvorsitzender Christoph Matschie in einem „Spiegel“-Interview im September. Die Struktur der Polizei sei durch Althaus’ Politik im Chaos versunken, so Matschie mit Verweis auf die schier unendliche Pannenserie, die mit der jüngsten Affäre im Innenministerium einen neuen Höhepunkt gefunden habe. Matschie: „Althaus hat abgewirtschaftet.“
Ähnlich scharfe Worte fand SPD-Innenpolitiker Heiko Gentzel für die Innenpolitik der CDU-Landesregierung. Dem Land Thüringen soll durch die rechtswidrige Anordnung und Abrechnung von Mehrarbeit ein Schaden von mehr als 2,5 Millionen Euro entstanden sein. Medien berichteten beispielsweise, dass allein ein Personenschützer des Ministerpräsidenten 30 000 Euro für geleistete Überstunden erhalten haben soll. Damit nicht genug: Medienberichten zufolge sollen im Thüringer Innenministerium über Jahre hinweg Akten verschwunden sein, die im Zusammenhang mit der Überstundenaffäre sowie Sonderermittlungen im Ministerium stehen. Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wurden ohne Erfolg eingestellt, weil belastendes Aktenmaterial, das als Beweis dienen sollte, auf mysteriöse Art und Weise verschwand. Heiko Gentzel ist empört: „Es kann nicht sein, dass der einfache Bürger für jede Kleinigkeit belangt wird, Teile des Innenministeriums sich aber so verhalten, als bewegten sie sich im rechtsfreien Raum.“ Auf Grund der Brisanz und der Komplexität des Beratungsgegenstandes hatte die SPD-Fraktion sofort nach Bekanntwerden der Affäre eine Sondersitzung des Innenausschusses beantragt. Erst Mitte August hatte Gentzel aus Protest gegen die ungenügende Informationspolitik der Landesregierung die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) verlassen.



SPD-Innenpolitiker Heiko Gentzel (zweiter von rechts) sucht stets das Gespräch mit Thüringens Polizisten - hier bei einem Besuch der Polizeiinspektion in Meiningen. Rechts neben ihm der Meininger Landtagsabgeordnete Rolf Baumann.

SPD

Die SPD-Fraktion
im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72365
Fax: 0361 37 72417
www.spd-thl.de

Besuch im Staatsarchiv

„Kulturelles Gedächtnis“ von Altenburg besichtigt

Die Besichtigung des Staatsarchivs im Schloss stand im Mittelpunkt eines Besuchs des Arbeitskreises Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien in Altenburg. Die Besichtigung stand unter fachkundiger Anleitung von SPD-Kulturpolitiker Hans-Jürgen Döring. Abgeordnete und Mitarbeiter des Fraktionsarbeitskreises konnten sich ein Bild von der Leistungsfähigkeit der Landeseinrichtung machen. „Das Staatsarchiv Altenburg wird nicht nur von Forschern, geschichtsinteressierten Bürgern und Vereinen intensiv genutzt, es bietet mit seinen Aktenbeständen oftmals auch wichtige Hilfestellung bei der Dokumentation von Rentenanwartschaften oder von Arbeitsnachweisen“, so Döring.

Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
E-Mail:
buergerbe@bueb.thueringen.de
www.bueb.thueringen.de

Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
E-Mail:
tlstu@t-online.de
www.thueringen.de/tlstu

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
E-Mail:
poststelle@datenschutz.thueringen.de
www.thueringen.de/datenschutz

Hinweise zur Bestellung des Landtagskuriers

Der Landtagskurier erscheint monatlich in Form eines Newsletters.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl über den Postweg als auch über E-Mail möglich.

Wenn Sie den Landtagskurier bestellen möchten, schreiben Sie uns eine E-Mail an:

Pressestelle@Landtag.Thueringen.de

Tel.: 0361 37 72006
Fax: 0361 37 72004



Die Bürgerbeauftragte

Informationsmöglichkeiten für die Bürger

Immer wieder erkundigen sich Thüringerinnen und Thüringer bei der Bürgerbeauftragten auch nach Rechtsvorschriften oder möchten sich in diesem Zusammenhang in „eigener Regie“ sachkundig machen.

Für Gesetze des Bundes existieren hier bereits verschiedene Möglichkeiten, um sich im Internet zu informieren. In Kooperation mit juris, einem führenden Anbieter von Online-Rechtsinformationen, stellt der Freistaat Thüringen jetzt auch die thüringischen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften interessierten Bürgern zur Verfügung.

Das kostenlose Dienstleistungsangebot ist Bestandteil des „Online Serviceportals Thüringen“, das Finanzministerin Birgit Dietzel am 24. Juni 2008 in einer Regierungspressekonferenz der Öffentlichkeit vorstellte. Mit dem „Landesrecht Thüringen“ stehen dem Nutzer des Serviceportals mehr als 20.000 Dokumente zu geltenden Gesetzen und Verordnungen zentral zur Verfügung.

Dieser kostenlose Dienst des Freistaates soll den Bürger aktiv bei der Klärung rechtlicher Fragen und bei seiner Kommunikation mit den Behörden unterstützen. Mittels einer intuitiven Recherche sowie vielfältiger Suchfunktionen kann sich jeder komfortabel über das geltende Recht informieren.
Die Suche kann sowohl über eine Volltextrecherche als auch über ein Navigationsverzeichnis erfolgen.

Der stets aktuelle Bürgerservice ist unter der Adresse :
www.landesrecht-thueringen.de



abrufbar. Die Bürgerbeauftragte begrüßt dieses Angebot für die Thüringer Bürgerinnen und Bürger ausdrücklich und hofft auf rege, interessierte Nachfrage.

Der Datenschutzbeauftragte

Wer kontrolliert die Datenverarbeitung bei der GEZ

Trotz Unzuständigkeit des TLfD für die GEZ erreichen die Behörde vielfach Anfragen zum Thema: „Woher bekommt die GEZ meine Daten?“:
Die GEZ als gemeinsame Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland mit Sitz in Köln erhält die für ihre Aufgabe notwendigen Daten zum einen von den Rundfunkteilnehmern selbst, die die bei Banken und Sparkassen erhältlichen Anmeldeformulare ausfüllen und direkt an die GEZ senden. Diese erstellt daraus entsprechende Gebührenbescheide und speichert Anmeldezeiträume, Zahl der Empfangsgeräte pro Haushalt und sonstige Abrechnungsdaten. Rechtsgrundlage für diese Datenerhebung ist § 3 in Verbindung mit § 4 Abs. 5 des Rundfunkgebührenstaatsvertrages. Ferner liefern auch die Thüringer Meldebehörden dem MDR oder der GEZ regelmäßig Daten über alle An- und Abmeldungen sowie Sterbefälle volljähriger Einwohner (Familiennamen, Vornamen, Doktorgrade, Tag der Geburt, gegenwärtige und frühere Anschrift, Tag des Ein- und Auszuges, Familienstand, Sterbetag) für Zwecke des Rundfunkgebühreneinzugs. Das geschieht auf der Grundlage eines Landesgesetzes vom 3.März 2000 (GVBl. S. 32) zum MDR-Staatsvertrag. Der Umgang mit diesen Daten richtet sich beim MDR und der GEZ nach dem Rundfunkgebührenstaatsvertrag sowie nach dem sächsischen Datenschutzgesetz (Festlegung für die Drei-Länder-Anstalt in § 39 MDR- Staatsvertrag).
Für die Kontrolle der Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften von Thüringer Bürgern ist der Rundfunkdatenschutzbeauftragte des MDR (Ralf Lehmann, Kantstraße 71-73, 04275 Leipzig, Tel.: 0341/300-7508) zuständig.

Für die Sicherstellung der betriebsinternen Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorschriften hat die GEZ eine eigene Datenschutzbeauftragte (Kerstin Arens, Freimersdorfer Weg 6, 50829 Köln, Tel.: 02 21/50 61-26 32, E-Mail: datenschutz@gez.de) bestellt.

Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

Tag des offenen Denkmals

Im Jahre 2005 wurde zum ersten Mal der Zellentrakt der einstigen MfS-U-Haftanstalt in der Andreasstraße mit dem Projekt „Einschluss“ der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Seither haben mehr als 33.000 Interessierte und ehemalige Betroffene diesen „dunklen“ Ort der DDR-Geschichte besucht. Am Sonntag dem 14. September 2008 wurde nun mit der Vortragsreihe LESELAND: „Stasi-Deutsch – Schüler lesen aus Stasi-Akten“, das rostige Eisentor vorläufig ein letztes Mal für ca. 400 Besucher geöffnet.
Zumeist begegnet uns das vom MfS angelegte Material im Dokumentenanhang von Publikationen oder in Ausstellungen. Mit den selbst gewählten Fällen aus MfS-Akten beschritten die Schüler aus Vacha und Suhl am Sonntag einen anderen Weg der Aufarbeitung. Mit einem schlichten-kühlen Vortragsstil interpretierten sie die „alten“ Worte neu und zogen die rund 60 Hörer in ihren Bann.



Anne Eberhardt und Anne Ortlepp lesen aus den Akten, die die Stasi über Bernd Englert (1.Reihe) angelegt hat.

Wenn auch die U-Haftanstalt als Mahnmal der Geschichte der DDR leider noch zu keiner dauerhaften Gedenkstätte geworden ist, so war mit den Lesungen der Schüler ein vorläufiger gebührender Abschluss gegeben. Zum einen stellten die Lesungen eine generationsübergreifende Beschäftigung mit der Vergangenheit dar. Zum anderen wurde noch einmal gemahnt, die Schicksale der Betroffenen und die Verantwortung für den Erhalt der Demokratie und Menschenwürde nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Denn was einmal passiert ist, kann auch wieder geschehen - es ist keine Schande hinzufallen, aber liegen zubleiben, ist eine!

Führungsanfragen können weiterhin bei der TLStU gestellt werden.

Christian Viereck

Herausgeber: Thüringer Landtag, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Jürgen-Fuchs-Straße 1 99096 Erfurt
Für die Seiten "Aus den Fraktionen" und "Die Landesbeauftragten" sind die jeweiligen Bereiche verantwortlich. Diese Zeitung dient der Öffentlichkeitsarbeit des Thüringer Landtags. Sie darf weder von Wahlbewerbern noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.